

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresden: Nachrichten Dresden.
Herausgeber: Commerzienkammer 25 241.
Für die Reichstagspräside: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Auflageung monatlich M. 12.—, aber durch den Post bei täglich zweimaliger Auflageung monatlich M. 15.—.
Die 1 Spalte 32 mm breite Zeile M. 6.—, mehrere Spalten M. 11.—. Einzelne Ausgaben, Abdruck unter Seiten- und Werbungsmöglichkeit, 1 Spalte M. 11.—, mehrere Spalten M. 15.—. Nachtrag: Bezugspflicht ist nach Zahl. Sonderdrucke auf Anfrage gegen Vorabeschränkung. Ansprüche bei Vorabendblatt M. 1.50.

Schriftleitung und Hauptredaktion:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ueppich & Reichert in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Ausdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht entbehandelt.

Das Reichskabinett und Bayern.

Baldige Einberufung des Reichstages?

(Nachrichten aus der Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 25. Juli. Das Reichskabinett ist heute zur Verhandlung über die inzwischen erlassene bayrische Sonderverordnung zusammengetreten und war um die Mittagsstunde noch verklammert. Wahrscheinlich wird aber auch noch heute an der Reichsfrage Stellung genommen. Zu dem Zweck ist Reichsjustizminister Maibach telegraphisch von seinem Urlaub zurückberufen worden und nimmt an der Sitzung teil. Auch der Reichsminister des Innern, Körber, der gleichfalls auf Urlaub ist, ist zurückberufen worden. Was genau werden soll, ist, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, noch nicht zu sagen. Es wird erwartet, daß das Kabinett den Reichspräsidenten um Aufhebung einer bayrischen Verordnung anrufen wird. Es ist aber auch möglich, daß die Entscheidung in die Hände des Reichstags gelegt wird. jedenfalls steht man auf dem Standpunkt, daß die Rechtsgültigkeit des Reichsgesetzes zum Schutz der Republik zweifellos sei.

Die „B. S.“ berichtet: Soweit Beschlüsse auf der Linie möglich sind, auf der sich die heutigen Beratungen bewegen, ergibt sich daraus, daß man der formalen Bekämpfung Bayerns für seine Verordnung gleichfalls mit verfassungsschädlichen Mitteln begegnen wolle. Als solches kommt vor allem und zunächst Anrufung des Reichsgerichts in Frage. Es ist auch die Frage aufgeworfen worden, ob die Mitgliedschaft des Reichsverwaltungsministers Fehl im Bayrischen Bauernbund und die Mitgliedschaft des deutschen Botschafters in Paris, Mayer, der Mitglied der Bayrischen Volkspartei ist, vereinbar sei mit ihrer Stellung als Reichsminister, bzw. als deutscher Botschafter. Nach der Verfassung ist es unmöglich, einen Minister wegen seiner Angehörigkeit zu einer Partei zu entlassen. Der entscheidende Punkt ist das Vertrauen seiner Ministerkollegen. Verdacht ist Minister Fehl Bayreuth. In parlamentarischen Kreisen der Regierungsparteien hört man je nach der politischen Stellung der Parteien eine mehr oder minder scharfe Tonart gegenüber dem bayrischen Vorgehen. In unterschiedenen politischen Kreisen wird die Lage sehr stark benutzt. Hier verlangt man sofort energische Maßnahmen gegen die bayrische Regierung. Der Aktionsausschuss der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien wird wahrscheinlich morgen zusammenberufen, um die Vorbereitung eines evtl. Generalstreiks und der Abschaffung Bayerns von den Rohstoff- und Kraftquellen des übrigen Reiches antreffen.

Die bayrische Sonderverordnung.

München, 25. Juli. Das bayrische Staatsministerium hat eine Verordnung zum Schutz der Republik und der Verfassung erlassen, in der es heißt: Der Reichstag hat am 18. Juli das Gesetz zum Schutz der Republik erlassen. Der Inhalt des Gesetzes und die Art seines Instandsetzungsmaßnahmen gegen den wohlbekannten Einspruch der bayrischen Staatsregierung, haben in Bayern eine derartige Erregung hervorgerufen, daß wenigen im Gebiete des reichsheimischen Bayerns unmittelbar mit einer erheblichen Störung oder Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu rechnen ist, wenn das Gesetz ohne jeden Vorbehalt vollzogen wird. Es ist somit Gefahr im Verzuge. Aus diesen Gründen steht sich das bayrische Staatsministerium veranlaßt, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit folgende Anordnungen zu treffen:

Art. 1: Die Bestimmungen der §§ 1 bis 11, 14, 15, 16, 18, 19, 20 und 21, Absatz 1, Satz 1 und Absatz 2, 22, 24 und 25 des Reichsgesetzes zum Schutz der Republik sind in Bayern

anzuwenden. § 28, Absatz 1 gilt mit der Maßgabe, daß an Stelle der Reichsregierung das bayrische Staatsministerium zuständig ist, soweit es sich um den Aufenthalt in Bayern handelt.

Art. 2: Für die in den §§ 1 bis 8 des Reichsgesetzes zum Schutz der Republik bezeichneten Handlungen, gleichgültig, ob sie nach diesem Geiste oder anderen Gelehrten krafbar sind, die Volksgesetz ist legitimitätig, ob sie nach diesem Geiste oder anderen Gelehrten krafbar sind, die Volksgesetz ist legitimitätig.

Art. 3: Das Verbot von Versammlungen, Umzügen und Kundgebungen, das Verbot und die Auflösung von Vereinen und Vereinigungen, sowie das Verbot in Bayern erscheinender periodischer Druckschriften wird durch das Staatsministerium des Innern oder die von ihm beauftragten Stellen erlassen.

Art. 4: Auf Anwiderhandlungen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. und 28. Juli d. J. finden die Vorschriften gegenwärtiger Verordnung Anwendung, soweit nicht beim Inkrafttreten dieser Verordnung die Anklage beim Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik bereitstehen erhoben ist.

Art. 5: Richiburgischen Polizeiorganen ist innerhalb des Geltungsbereiches dieser Verordnung die selbständige Wahrung vom Amtshandlungen in Bayern verboten.

Art. 6: Diese Verordnung tritt mit dem Tage des Inkrafttretens der Reichsregierung zum Schutz der Republik in Kraft.

Ein offiziöser bayrischer Kommentar.

München, 25. Juli. In einer Sonderausgabe begleitet die „Bayr. Staats-Ztg.“ die Sonderverordnung des bayrischen Staatsministeriums mit einem längeren Kommentar, aus dem hervorgeht, daß die bayrische Staatsregierung von Anfang an die Notwendigkeit erkannt hat, zum Schutz der Reichsverfassung und zu einer kraftvollen Verfolgung politischer Mörder und der hinter ihnen stehenden Hasser und Hater besondere Maßnahmen zu treffen. In dem Reichsgesetz zum Schutz der Republik muß die bayrische Regierung aber in Übereinstimmung mit der Mehrheit des bayrischen Volkes eine Verleihung der Rechte der Staatsbürger und der Freiheit der Demokratie, dann aber auch einen Eingriff in die Habe der Freiheit der Männer auf dem Gebiete der Justiz und der Polizei erläutern. Die bayrische Bevölkerung ist über diese gesetzgeberische Maßnahme außerordentlich erfreut, so daß deren vorbehaltloser Vollzug alsbald den Fortbestand der verfassungsmäßigen Zustände gefährden würde.

Es kann sich nur darum handeln, die für die bayrischen Verhältnisse unannehbaren Vorurteile auszuhalten, wobei verschlafgesgemäß zu verfahren ist. An die Stelle des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik sollen die bestehenden bayrischen Gerichte treten. Die Entscheidung über Verhältnisse gegen das Versammlungs-, Vereins- und Presseverbot sind gleichfalls in die Hände des bayrischen Gerichtshofs gelegt. Es muß heute schon erklärt werden, daß etwaige Eingriffe in die bayrische Polizeiherrschaft und in den Vollzug des Gesetzes nicht gebuhlt werden können. Die offiziöse Kundgebung schließt: Die bayrische Staatsregierung legt bei ihrem Schritte den größten Wert auf das Beleben des unerschütterlichen Freihaltens am Reiche. Sie willsterner mit allem Ernst weit von sich, daß ihr Vorgehen irgendwie mit Bestrebungen in Verbindung gebracht werde, die auf eine Aenderung der verfassungsmäßigen festgestellten republikanischen Staatsform abzielen. Die bayrische Regierung verbürgt nach der bisherigen Führung der Geistlichkeit die Aufrichtigkeit dieser Versicherung. (W. L. B.)

(Weitere Meldungen siehe Seite 2)

Der Kaiserprozeß gegen den Schriftsteller Ludwig.

(Nachrichten aus der Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 25. Juli. Vor dem bietigen Landgericht besteht der Prozeß des Kaisers gegen den Schriftsteller Dr. Emil Ludwig aus Erlass einer einseitigen Verjährung, die öffentliche Aufführung und die Veröffentlichung in Buchform des Ludwig'schen „Die Entlassung“ an verbieten. Ingleich wurde ein zweiter Prozeß verhandelt, den die Witwe des Staatssekretärs von Böttiger gegen Ludwig angestrengt hat. Frau v. Böttiger fühlt sich durch das Ludwig'sche Stück beleidigt und verlangt deshalb ebenfalls das gerichtliche Verbot der Aufführung und der Veröffentlichung des Werkes. Der Kaiser war durch die Rechtsanwälte Kurt Wolff und Dr. Frankfurter vertreten, während dem Beflagten Rechtsanwalt Dr. Grünbach zur Seite stand. Vor Eintritt in die Verhandlung regte der Beflagte einen Vergleich dahin an, daß der Beflagte bis zur endgültigen Entscheidung der Sache in erster Instanz von der Aufführung und der Veröffentlichung des Werkes absieben sollte. Dr. Ludwig erklärte sich bereit, das Stück bis zur Hauptverhandlung nicht aufführen zu lassen, wollte jedoch nicht auf das sofortige Erheben des Werkes in Buchform verzichten.

Daraus ergriß der Verteidiger des Kaisers, Rechtsanwalt Dr. Frankfurter, das Wort. Er wies darauf hin, daß die Ausübung der Judicatur über das Auftreten lebender Personen als Handeln in einem Bühnenstück noch nicht gesetzt seien. Dieser Prozeß habe nicht nur für die Juristen, sondern darüber hinaus für das ganze deutsche Volk eine besondere Bedeutung, die noch hervorgehoben werden durch die Person des früheren Kaisers. Dieser steht heute als deutscher Bürger vor dem Gericht, dem es ein schweres Geschick aber nicht vergönnt habe, sein Recht selbst zu vertreten. Auf der einen Seite steht das Recht der Persönlichkeit, auf der anderen das des frei schaffenden

Künstlers. Aber auch der größte Dichter könne nicht befragt sein, in diesem Konflikt das Recht des Genies für sich in Anspruch zu nehmen. Neben der Erfurcht vor dem Werk steht die Erfurcht vor dem Rechte des einzelnen Menschen. In Wirklichkeit handle es sich hier um den historischen und noch nicht entschiedenen Prozeß des Kaisers Wilhelm II. gegen den Juristen Blümert. Dieses Stück fällt die historische Wahrheit, wobei man natürlich dem Angeklagten seinen subjektiven Glauben zugute halte.

Die Gegenseitigkeit der französischen und englischen Pläne.

London, 25. Juli. Es wird angenommen, Poincaré werde einen Plan mitbringen, der dem Lloyd Georges diametral gegensetze, doch glaubt man, daß schließlich eine Übereinkunft erzielt werden wird. Lloyd George besteht auf eine Reduzierung der Reparationen, er aber nicht gewillt, den englischen Anteil an Reparationszahlungen schon jetzt aufzugeben, da hierdurch England eines wichtigen Mittels beraubt würde, wenn es darauf ankommt, Frankreichs Pläne Deutschland gegenüber zu bestimmen.

Poincarés Faust in der Tasche.

London, 25. Juli. Die neuerliche Drohung Poincarés mit Sanktionen, wenn Deutschland nicht weiter erfüllt, wird vom „Daily Herald“ als eine Faust in der Tasche bezeichnet. Denn glücklicherweise gebe es in der Reparationskommission eine hinreichende Anzahl Politiker, welche die Verhältnisse durch eine klare Brille ansehen. Was Poincaré über die deutschen Finanzverhältnisse und deren Verwaltung sage, müsse zunächst einmal auf Grund des bisher noch nicht veröffentlichten Berichtes der Garantienkommission geprüft werden, ehe darüber ein Urteil zu fällen sei. Um eine gewisse Kontrolle seiner Staatsfinanzen werde Deutschland kaum herumkommen, da sich das Misstrauen der Alliierten noch in starkem Maße geltend mache.

Dollar: 500

Reichswehrjagden.

Von Ober-Ministerialrat Dr. Gilbert-Dresden. Immer ungestüm, immer zielbewußter wird von den unterschiedenden Parteien gegen die Reichswehr, gegen ihre Offiziere und neuerdings gegen ihre höchsten Vorgesetzten zum Kampf gerufen. Keine Gelegenheit wird verpaßt, und wäre sie noch so unrichtig beurteilt oder noch so falsch angefaßt, um dieser verhüten leichten Säule von Ordnung unducht im Vaterlande den festen Boden abzugraben. Verdächtigungen folgen auf Verdächtigungen, Anklagen auf Anklagen, eine immer ungerechter und unbegründeter, als die andere. Jetzt muß der viel bewegtere und verabschaukelnde Nord des Außenministers Rathenau, gegen den demokratischen (1) Reichswehrminister Geßler und den General von Seest die schweren Beschuldigungen an erheben und deren Befestigung zu fordern und ohne weiteres werden die Reichswehroffiziere insgesamt mit reaktionären Bestrebungen der Rechtsparteien, die als solche nur in der Vorstellungswelt der Verteilungsparteien beobachtet, gegen den demokratischen (1) Reichswehrminister Geßler identifiziert. Der nüchterne Beobachter dieses unter dem Gedränge „Schutz der Republik“ geführten Kampfes fragt sich verwundert: was ist gelöst? droht dem Vaterlande wirklich von dieser Seite her auch nur die geringste Gefahr? So weit ich sehe, haben sich die Reichswehr und ihre Offiziere, wie es ihre Pflicht ist, dauernd den politischen Kämpfen ferngehalten, haben beide mit Aufsicht ihrer ganzen Kraft und mit Verständigung lediglich das eine Ziel verfolgt, aus unserem bestenswert kleinen Truppenbestand eine, so weit es die ihm befallene Bewaffnung und Ausrüstung gestattet, militärisch gesetzte und geübte Wehr heranzubilden, in der Vertrauen zwischen Offizieren und Mannschaften herrscht. Schwer genug ist das beiden Teilen gemacht worden. Denn die Offiziere, hervorgegangen aus dem ruhigen alten deutschen Heere, sind naturgemäß mit den Traditionen des Offizierstandes vertraut, leiden schwer unter den Schwämmungen, die gegen ihre früheren Kameraden, die abgängigen Offiziere äußelos und jedes Mal überschreitend fortgelöst erhoben werden und leisten trotzdem auf schwierigem Posten bei nur unsicherer Zukunft und einigermaßen Wirtschaftslage Herborragendes. Und die Unteroffiziere und Mannschaften wiederum sind naturgemäß mit den Anschauungen und Lebensausführungen der Vaterlande vertraut und deren Einflüsterungen augenzigig, aus denen sie selbst hervorgegangen, und so hören sie in Wort und Schrift täglich die Unzufriedenheit und Aufrührigkeit anregenden Stimmen, die ihnen predigen, daß sie mit der Verpflichtung ihre Freiheit verlaufen hätten, daß sie „draußen“ bei halber Arbeit das Doppelte verdienen könnten. Ist es ein Wunder, wenn unter solchen Verhältnissen derartige Schäden leidet? Ist es nicht vielmehr ein Wunder, daß trotz der von außen in die Reichswehr getragenen Missstimmung und Verführung alles in allem die Truppe noch gut und zuverlässig ist und wechselseitiges Vertrauen bewahrt? Aber mit Sorge frage ich, wird die Truppe dauernd einer solchen Belastung gewachsen sein? Kann eine Kandidatur, die täglich in den Zeitungen solche Worte bringt, die Angriffe und Schwämmungen gegen ihre Offiziere, solche Anklagen gegen ihre höchsten Vorgesetzten liefern, kann eine Offiziersstand, der sich fortgelöst so grundlos in seiner Treue verdächtigt sieht, ohne schwere und bedrohliche Ershütterung für den Geist und die verständnisvolle Zusammenarbeit der Truppe seine Aufgaben lösen? Muß unter solchen Verhältnissen nicht die Arbeitslust, die Dienstbereitschaft und der Opfergeist der Reichswehr unverträglichen Schaden leiden?

Wahrsch, wir haben nicht viel feste und zuverlässige Stützen im Staatsleben, bereit, mit Leib und Leben jederzeit für die innere Ruhe und Ordnung des Vaterlandes einzutreten, wenn die verfassungsmäßige Regierung ihrer bedarf. Darum ist es dringende Pflicht einer weitschauenden Regierung auch um der Selbstverteidigung willen, von dieser Stütze alles das fernzuhalten, was den inneren Geist der Rucht und Ordnung und die Verständigung untergräßt, was das Vertrauen zwischen Truppe und ihren Führern vergiftet.

Das Bundesblatt des Deutschen Offiziersbundes schrieb in seiner letzten Nummer: „Der Feind steht nicht rechts, nicht links, der Feind steht draußen“. Möchten diese von ehemaligen Kämpfern getragenen Worte für alle, denen es pflichtgemäß obliegt, das Vaterland vor neuen Ershütterungen zu bewahren, bereit, mit Leib und Leben jederzeit für die innere Ruhe und Ordnung des Vaterlandes einzutreten, wenn die verfassungsmäßige Regierung ihrer bedarf. Darum ist es dringende Pflicht einer weitschauenden Regierung auch um der Selbstverteidigung willen, von dieser Stütze alles das fernzuhalten, was den inneren Geist der Rucht und Ordnung und die Verständigung untergräßt, was das Vertrauen zwischen Truppe und ihren Führern vergiftet.

Belgien lehnt die Einheit in seine Archive ab!

Brüssel, 25. Juli. Wie die bietigen Blätter melden, hat die neutrale Kommission zur Untersuchung der Ursachen des Krieges die belgische Regierung gebeten, ihr die Archive für ihre Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Das Gesuch soll jetzt mit der Verhandlung abgelaufen werden, da die belgische Regierung ihrer Unparteilichkeit der Kommission gegeben sei. Es sei auch gegen die Kommission einzuwenden, daß sie von deutschfreundlichen Amerikanern finanziert werde.

Schluß des Völkerbundsrats.

London, 25. Juli. Der Völkerbundsrat hat gestern seine 7. Tagung geschlossen. In der Nachmittagssitzung teilte der Präsident mit, daß die Bestimmungen der Mandate für Syrien und Palästina eingeholt worden sind und daß die beiden Mandate automatisch in Kraft treten werden, sobald die italienische und die französische Regierung ihnen mitgeteilt haben würden, daß sie bezüglich gewisser Punkte des französischen Mandats einig seien. Die Regelung der Frage der kleinen Städte in Palästina ist einer Kommission übertragen worden.

Die Verwaltung der umfangreichen

soll noch die Absichten des Reichsfinanzministeriums völlig auf die Finanzämter übergehen und den Städten abgenommen werden.

Das Presse-Echo des bairischen Konflikts.

Zu dem Reichskonflikt mit Bayern wegen der Schutzgebung äußert die „Kreuz-Ztg.“: „Die parlamentarische Voge erscheint geklärt. Der Bandtag wird mit überwiegender Mehrheit die Entscheidung der bairischen Regierung gutheissen. Selbst der bairische Bauernbund konnte sich angesichts der Voge im Lande nicht für Berlin erklären. Es wird immer mehr klar, dass der Kampf gegen Zentralismus und Unitarisierung geht. Und so zeigt sich das Volk in Bayern einig in der Abwehr.“

Die „Deutsche Tagesatg.“ berücksichtigt die formellen Bedenken: „Man darf nicht außer acht lassen, dass nach einem alten Reichsgrundzuge, der noch dazu in Artikel 13 der Reichsverfassung seine ausdrückliche Bestätigung gefunden hat, Reichsrecht dem Landesrecht vorsteht. Aber anderseits muss man auch dem Rechtsgesetz ansehen, dass die ganze „Schutzgebung“ einen stark politischen Charakter trägt, dass mitin nach demokratischem Prinzip die Stimmung der einzelnen Landesteile in weitem Maße berücksichtigt werden muss. Berlin ist nicht das Recht, daran sollte die Reichsregierung bei ihren Beschlüssen wohl denken.“

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Die bairische Sonderverordnung in der erste Sall einer offenen Auseinandersetzung eines Landes gegenüber dem Reich, dessen Mitglied es ist. Die Reichsregierung zum Schutze der Republik sind, da sie möglicherweise verfassungswidrig sind, mit der für eine Verfassungsänderung erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen worden. Demgegenüber hat sein Land das Recht, seine Staatsangehörigen zum offenen Widerstand gegen die Reichsregierung aufzufordern. Die bairische Regierung hat sich mit der Verordnung auf einen unfehlbar gefahrlosen Weg begangen, der zum Nefall des Reiches und zum Bürgerkrieg führen kann.

Das „V. T.“ ist überzeugt, dass eine solche Haltung der Länder, wie die Bayerns, zur Untergründung der Staatsgewalt und zur Auflösung der Reichseinheit führen und das deshalb die Reichsregierung auf Befestigung der bairischen Ausnahmeverordnung dringen müsse.

Die „Wermann“ schreibt: Bayern führt sich bei seinem verhängnisvollen Schrift auf Art. 18 der Reichsverfassung, der den Ländern bei Gefahr im Verzuge für ihr Gebiet die Verordnung einschweiflicher Maßnahmen ausstellt. Aber es kann nicht der Sinn dieses Paragraphen sein, den Regierungen der Länder die Befugnis zu geben, einmal beschlossene Reichsgebote wieder aufzuhören. Wenn man Bayern dieses Recht einaumt, dann kann man Staaten mit sozialistischer Mehrheit, wie Sachsen und Thüringen, nicht verhindern, dass auch sie bei nächster Gelegenheit alle unbedeutende Gesetze nach ihrer Art ausgliedern. Reichspräsident und Reichskanzler haben auf Grund der Verfassung die Befugnis, die bairische Verordnung unverzüglich wieder aufzuheben. Die neue bairische Sonderaktion kann nur als Demonstration gegen das Reich aussehen werden, die folgenschwer sein kann.

Dem „Vorwärts“ ist die Sache offenbar nicht recht geheuer. Er schreibt ohne die sonst gewohnten hohen Töne ziemlich resigniert: „Wir können uns keine andere Antwort der Reichsregierung denken, als die, dass sie weder die Absicht hat, noch ohne schwerste Verunsicherung ihrer Pflicht nicht in der Lage ist, die Verfassung des Reiches auf dem Kompromisswege Rückwege zu verhandeln.“

Die Umbildung des bairischen Kabinetts.

Rüdenau, 25. Juli. Es ist beabsichtigt, dass durch den Rücktritt des Demokraten Hamm freigewordene Handelsministerium nicht neu zu besetzen, sondern es durch den Ministerpräsidenten Grafen Verchenfeld mit vereinen zu lassen. Dagegen soll das Justizministerium neu besetzt werden, und zwar durch den Oberregierungsrat im Justizministerium, Dr. Göttertner, der als Vertreter der deutsch-nationalen Mittelpartei dem Ministerium angehören wird.

Winden, 25. Juli. Graf Verchenfeld wird heute in einer Proklamation an die bairische Bevölkerung das Vor gehen der bairischen Staatsregierung gegenüber dem Reichsrechtssystem und das bairische Volk aufzufordern, zu seiner verfassungsmäßigen Regierung zu stehen. Der Ministerrat ist zur Abschaffung dieser Erklärung heute vormittag nochmals zusammengetreten. In Stelle des aus der Regierung ausgeschiedenen demokratischen Handelsministers Hamm hat Staatsrat Dr. Göttertner interimistisch das Handelsministerium übernommen. So lange die Stellung der Reichsregierung noch nicht geklärt ist, bleibt die Aufnahme der Mittelpartei in die Regierung noch unerklärt, obwohl eine Annahme mit der Börsischen Volkspartei bereits begonnen hat. In dem Augenblick aber, wo das Reich die Verordnung Bayerns nicht anerkennt, soll die Regierungsbasis die als notwendig angesehene Erweiterung nach rechts erfahren. Die Sozialdemokraten und die U. S. P. die gestern nachmittag eine gemeinsame Beratung hatten, beabsichtigen, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen.

Kunst und Wissenschaft.

* Mitteilung des Residenztheaters. In der am Freitag stattfindenden Eröffnung von Arthur Schnitzlers „Reigen“ sind die nachfolgenden Berliner Bühnenfünster beschäftigt: Clotilde Bach, Maria Holm und Paul Müller vom Kleinen Schauspielhaus, Sobit Smolowa vom Lessingtheater, Jutta Berlien und Direktor Gustav Heppner vom Antiken Theater, Helga Kraus und Kurt Weißkopf vom Rollendorfplatz, Helmo Thiele von der Tribune und Walter Tanz vom Kupfermarkt. Die Dekorationen sind nach der von Hubert Neudl vom Kleinen Schauspielhaus in Berlin gezeichneten Anleitung entworfen. Die bekleidete Musik kommt von Doctor Kortzinga.

* Technische Hochschule Dresden. Das Oberaufsichtsamt im Physikalischen Institut der Technischen Hochschule Dresden, Dr. rer. nat. Gebhard Wiedemann aus Deggendorf (Büttendorf), ist die Lehrberechtigung für das Fach Experimentalphysik, insp. Dokt. in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung erteilt worden.

* Zur Münchner Berufung Beckmeyers. Geh. Regierungsrat Professor Dr. Hermann Beckmeyer, der bis nun doch entschlossen hat, die Berufung nach München anzunehmen, übernimmt eine Professur für Baukunst an der dortigen Technischen Hochschule.

* Die Tagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft in Breslau beginnt am 29. Juli. Die Beteiligung ist in diesem Jahre außerordentlich groß. Ausser namhaften deutschen Gelehrten haben sich eine Reihe Fachgeologen aus Amerika, der Schweiz, Norwegen, Schweden, Spanien, Lettland, Russland und Griechenland angelegt.

* Schriftsteller Bruno Arndt †. Einem unheimlichen Tod erlag in Breslau, erst 58jährig, der Dichter Bruno Arndt, einer der feinsten oberösterreichischen Köpfe und Erzähler. Er hatte noch kürzlich den Eichendorffpreis erhalten.

* Die Schauspielerin Clara Meyer ist in Berlin im Alter von 74 Jahren gestorben. Die Künstlerin war Ehrenmitglied der ehemaligen Berliner Hofbühnen, denen sie von 1871 bis 1891 als Mitglied angehört hat. Sie war eine gesierte Vertreterin von Rollen wie Gretchen, Klärchen, Emilie Galli, aber auch das heitere Fach lag ihr ausgesprochen. Clara Meyer ist eine geborene Tropägen gewesen und hat auf der Hofbühne zu Dessau ihre ersten Erfolge erzielt.

* Ein Ausschuss für Verdeutschung in der Sprachlehre. Zur einheitlichen Verdeutschung der Fachwörter in der Sprachlehre hat jetzt der Reichsminister des Innern auf Anregung der Gesellschaft für deutsche Bildung einen Ausschuss eingesetzt. Zu Mitgliedern wurden berufen: Oberstudienrat Dr. Bojunga in Frankfurt a. M., der die Frage angeregt hat, Dr. Düsel in Berlin-Heidelberg, Professor Dr. Eduard Engel in Bonn und Potsdam, Professor Dr. Kraatz, Sektor an der Berliner Technischen Hochschule und

Die Beiseitung von Generaloberst d'Elia.

Es war eine gewaltige, überschreitende Trauerfeier, die heute Dienstag, mittag der Beiseitung des Generaloberst d'Elia vorausging. Wohl fast alle noch lebenden Generale der alten zukünftigen sächsischen Armee standen in der Halle des inneren Neustädter Friedhofes am Sarge, der die herliche Hülle barg, n. a. Generaloberst v. Albrecht, General Ernst v. Villach als Vertreter der Offiziersvereinigung der Leibgrenadiere, General v. Eulitz vom Deutschen Offizierverein, Landeskommendant General Müller als Vertreter der Reichswehr, ferner die Generale v. d. Plaiz, v. Schweiini, Graf Bismarck v. Eichstädt, v. Basse, v. Alrod, v. Karlowic, Höglund, Böhler, weiter Staatsminister a. D. Dr. v. Beck, der Königl. Kammerer a. D. v. Clegern, der preußische Gesandte a. D. Graf Schwerin, der Prorektor der Technischen Hochschule Göttingen Prof. Dr. Eulitz, Vertreter des Präsidiums des Militärvereinbundes und des Dresden Bezirks mit der Bundeskanzlei und den Fahnen der einzelnen Verbände. König Friedrich August, Kronprinz Georg und Prinz Friedrich Christian hatten Kränze am Sarge des hochverdienten Offiziers niedergelegt.

Dem weihevollen Chorale „Lacht mich geben“, den die Reichswehrkapelle spielte, folgte die Gedächtnisrede des Geh. Konsistorialrats Dr. Kriegerlich. Ihr lag das Bibelwort zugrunde: „Denen, die Gott lieben, werden alle Dinge zum besten dienen“. Der Entschlafene sei lange ein bereitster Sterbender gewesen, über den eine tiefe Schuftigkeit gekommen war, aber seine Seele sei dabei nur freier geworden. So stark und so klar und so warm sein inneres Leben gewesen sei, in seinem Glauben habe doch etwas Kindliches, etwas Unmittelbares und Ursprüngliches gelegen, eine unabdingbare Hingabe an den, von dem er wusste, dass er auch ihn erschaffen habe. Daher brauche es uns nicht anzusehen, dass die Sonne seines Lebens schließlich hinter Wolken niedergewangen und unangbar schwer an ihm getragen. Die Geschichte des furchtbaren Krieges werde sein Bild lebendig erhalten als eines Helden, der sich mit seiner ganzen Person für Volk und Vaterland eingesetzt habe. Das Leben des Entschlafenen sieht vor uns wie ein hohes Bild der Treue. Der Grundriss seines Lebens sei seine langlebige Liebe gewesen, lieber seine Familie hinaus sei seine Liebe gegangen bis in den tauben Krieg. Alle seine Offiziere und Soldaten hätten ihn geehrt wie einen Vater. Nunmehr werde dieses Bild verbleiben.

Darauf widmete Konsistorialrat Knäpper dem Deimengangenen ehrende Worte des Dankes und des Abschiedes und sprach seine Verdienste, die er sich um die Förderung des Militärvereinbundes, in seiner Tätigkeit als Präsident des Militärvereinbundes und als Vorstandsmittel des Reichsverbundes erworben hat. Das Andenken an diesen hochgedachten Mann werde man stets heilig halten. — Dann wurde der Sarg von den Mannschaften der Beerdigungsanstalt „Vielat“ aufgehoben und hinaufgetragen in den stillen Friedhof. Ein langer, schier unübersehbarer Zug von Leidtragenden schlief sich an. Die Fahnen senkten sich zum letzten Gruss, als der Sarg bei den Klängen des Paradeschützen der Leibgrenadiere in die Grube gefeuert wurde, auf demselben Friedhofe, wo sich der noch frische Sessel über dem Sarge eines anderen sächsischen Heerführers, des Generalobersten v. Haulen, wölbt.

Derlisches und Sächsisches.

Dresden, 26. Juli.

Die neuen Beitragssätze für die Angestelltenversicherung.

Infolge der Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte hat die Beitragssberechnung zur Angestelltenversicherung vom 1. Juli 1922 ab nach folgender Aufstellung zu erfolgen: Bei einem Jahresarbeitsver-

	1 Monat:	12 Monate:
bis zu 350 M.	1,50 M.	10,20 M.
von mehr als 350 M. bis	350 M. bis	350 M. bis
800	1,50	8,20
1.100	1,50	9,60
1.500	2.000	9,60
2.000	2.500	10,80
2.500	3.000	10,80
3.000	4.000	20,—
4.000	5.000	26,80
5.000	10.000	38,20
10.000	15.000	40,—
15.000	20.000	48,—
20.000	30.000	50,—
30.000	75.000	50,—
75.000	100.000	110,—
		120,—

Zum Entgelt (Arbeitsverdienst) im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte gehören neben der Vergütung oder dem Lohn auch Verpflegungsgebühren, Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge i. S. Wohnung, Kosten, Feuerung). Empfänger von Ruhegehalt und

Barategeld, die vorübergehend beschäftigt werden, sind während dieser Beschäftigung nur dann versicherungspflichtig, wenn sie das Alter von 60 Jahren noch nicht vollendet haben. Sie werden aber auf ihren eigenen Antrag befreit. Solche Befreiungsanträge müssen bis zum 31. Juli 1922 beim Rentenausschuss oder bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernstrasse 100/105, eingereicht werden. Belehrungen von der eigenen Beitragssleistung, die auf Grund des bisherigen Gesetzes ausgesprochen worden sind oder noch ausgesprochen werden, bleiben bestehen. Neue Belehrungen von der eigenen Beitragssleistung sind nicht mehr zulässig. Angestellte, die beim Inkrafttreten des Gesetzes das 55. Lebensjahr bereits vollendet haben, werden auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit, wenn ihnen die Abkürzung der Werktagszeit nicht gestattet wird oder diese aus einem anderen Grunde nicht möglich ist.

Prozeß gegen die Gemeinde Heidenau.

Wie seinerzeit berichtet, hat der frühere Gemeindevorstand von Heidenau, Binnewerg, beim Verwaltungsgericht in Dresden einen Prozeß gegen die Gemeinde Heidenau wegen vorzeitiger Entlastung aus dem Amt angeklagt gemacht. Bei der Verhandlung der drei Gemeindemitglieder Mügeln, Heidenau und Gommern war ihm die Befreiung des vergrößerten Gemeinebens übertragen worden. Der Vereinigungsgemeinderat verfuhr dabei so, dass er die Befreiung des Vorstandes von Alt-Heidenau auf die Gesamtgemeinde übertrug, wobei die bisherige Wahlzeit weiter laufen sollte. Diese Wahlzeit lief Anfang 1922 ab. Der Gemeinderat wählte bekanntlich den unabhängigen sozialistischen Parteikandidaten Landtagsabgeordneten Menke zum Gemeindevorstand. Binnewerg stellte sich jedoch auf den Standpunkt, dass für ihn mit der Verhandlung, bei der er von den drei Gemeindemitgliedern der vormaligen Einzelgemeinden zum Gemeindevorstand bestimmt worden sei, eine neue Wahlzeit begonnen und er somit bis 1. April 1922 als Gemeindevorstand zu gelten habe. Demgemäß beanspruchte er zunächst volle Weiterbezahlung seines Gehalts bis zu geanntem Termin, während ihm die Gemeinde nur die Hälfte seines bisherigen Gehaltes als Pension zahlte. In den dieser Tage vor dem Verwaltungsgericht in Dresden gezeigten Verhandlungen machte Binnewerg geltend, dass er tatsächlich bei der Vereinigung neu gewählt worden sei, während Gemeindevorstand Menke feststellte, dass nach dem Vereinigungsgesetz Gemeindevorstand Binnewerg unter Achtung seiner Amtszeit im Amt geblieben sei bei Ausschöpfung seines Wirkungskreises auf die Gemeindeteile Mügeln und Gommern. Der Vertreter des Ruhegehaltsverbandes vertrat die Auffassung, dass die Gemeinde einem Vorstand, der 18 Jahre lang seine Pflicht getan habe, mindestens ein Schätzjahr gewähren sollte, damit er sich einen neuen Beruf suchen könne. Das Gericht empfahl, wie der „Pirn. Ans.“ meldet, den Streit durch einen Vergleich aus der Welt zu schaffen, und beschloß, dass die Entscheidung am 1. August verkündet werden soll, falls nicht bis zum 26. Juli eine außergerichtliche Einigung der Parteien erfolgt ist.

* Wieder ein sozialdemokratischer Bezirksschulrat. Wie schon gemeldet, tritt in der Leitung des Schulaufsichtsbezirks Leipzig I ein Wechsel ein. Der Leipziger Lehrerverein hatte kein Mitglied Kurt Weißbach dafür vorgeschlagen. Jetzt kommt die amtliche Bestätigung, dass vom 1. Oktober d. J. ab der Lehrer Weißbach zum Bezirksschulrat für den Schulaufsichtsbezirk Leipzig I ernannt worden ist.

* Vorübergehende Betriebsbeschränkung auf der Straßenbahnlinie 11. Der Verkehr auf der verlängerten Linie 11 Bühlau—Neustädter Bahnhof—Rückerger Straße hat Sonntags einen unerwartet starken Umlauf angenommen, der nur unter Ausnutzung aller für diese Berglinie zur Verfügung stehenden Betriebsmittel bewältigt werden kann. Bedauerlicherweise musste am Montag eine Anzahl von Triebwagen wegen Schäden an der Sonder-einrichtungen für die Bergstrecke durch andere Wagen nicht ersetzt werden, machte sich der Ausfall bei dem starken Verkehrsende unangenehm bemerkbar. Es wird Sorge getragen werden, dass sobald als irgend möglich für die Linie 11 größere Reserven bereitgestellt werden.

Ein Rückgang des Fremdenverkehrs macht die Berglinie in vielen Gegenden bemerkbar. Selbst das stark befahrene Riesengebirge macht davon keine Ausnahme. So wird aus Brückenberg gemeldet, dass dort ein erhebliches Absinken des Fremdenverkehrs bemerkbar macht. Von Pirnainen ab sind dort sonst dauernd belegt die Häuser der kleinen Vermieter, die Landwirtschaft haben. Es läuft sich zurzeit noch nicht übersehen, ob dieselbe Feststellung, wie für Brückenberg, auch für das übrige Gebirge zutrifft, doch darf man es wohl annehmen, da Brückenberg infolge seiner Höhenlage und seiner Waldnähe seit bei den Sommerfrischen sehr begehrte war. Es ist eben doch ein Rückschlag eingetreten, da ein erheblicher Teil des Publikums, das sonst gern gereist wäre, dies einfach nicht mehr durchführen kann.

recht zu merken. Eine scharfe Grenzlinie zwischen beiden gibt es nicht. Nur ändert sich das Repertoire, allerdings nicht aller, aber doch vieler Bühnen, wenn das Thermometer in wärmere Regionen klettert.

Die Operette schwingt das Szepter; alljährlich erwacht „Charlens Tante“ zu neuem Leben und „Sottasch und Verlumme“ treten ihre Späße auf den weitbedeutenden Brettern, wo sonst das klassische Drama vorherrschte. Auch der Theaterdirektor „Siriete“ scheint unsterblich zu sein. Das und frivole französische Albernheiten, seichte Unsittlichkeiten und mit den üblichen Scheiben im Sommer ebenso wenig erstaunt bleiben wie im Winter, dafür sorgt schon der Ungeschmack eines blasierten Großstadtpublikums und die geschäftstümlichen Direktoren, die ihm zu schmeicheln wissen. Geschäft ist Geschäft! Die verrohte Zeit verlangt Überflächlichkeit und Plakatert, und die verschreibt man sich dann leicht aus dem Reiche des Vomcaro. Einige nationale Erwadungen gelten für überflüssig und unangebracht. Ein empörender Tiefland des Geschmacks spricht von den Aufzugsäulen zu uns, die im weithin sichtbaren Buchstaben zum Belieben theatralischen Schundes einladen. Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Dafür sind einige Bühnen und Theaterräume mit einem Luxus ausgestattet, der sehr wenig in die traurige Armut von heute passt. Die Seiten, da man in Berlin bei „Mutter Gräber“ oder bei Bülowmann im Sommer seine Peitsche trug, belegte „Stullen“ dazu ab und sich bei harmlos lästigen Einakter halb totlachend, sind längst dahin. Das klingt uns wie eine Mäl aus altertümlicher Zeit.

Krolls Sommertheater, das ältere Berliner noch gelannt haben, war unter der Leitung der königlichen General-Intendantur sehr vornehm geworden, dann sank entlassen und soll nun wieder erneut; es könnte nie zu den „Sommerbühnen“ im eigentlichen Sinne gerechnet werden. Das Bell-Alliance-Theater lenkt die jüngere Generation kaum noch dem Namen nach. Vor etwas über dreihundert Jahren erschien der Garten dort mit Girlanden von farbigen Gastlämpchen dem Berliner und erst recht dem weniger vermögenden Provinzler wie ein Traum aus einem Feenmärchen. Am Büstentandem unterm Baldachin der dicken August Wolff und maß die Kunstbegeisterung seines Publikums an den Bergen von Butterbroten und der Unzahl von Weißen, die verschlungen wurden.

Aber die Entstehung der Berliner Theater liegt noch viel weiter zurück. Bis zum Jahre 1848 gab es keine sog. „Theaterfreiheit“. Außer den königlichen Bühnen war nur das Königliche Theater konzessioniert. Aber 1841 hatte Wilhelm Moes, der Direktor einer reisenden Gesellschaft, in dem eine Meile von Berlin gelegenen Dorf Sieglin ein bescheidenes Sommertheater gegründet, das sich drei Jahre halten konnte. Nicht allzuweit vor dem Potsdamer Tor, im Garten zum „Schwarzen Adler“ in Schöneberg, rief der Direktor Moes ein neues Theater ins Leben, das eine

Berliner Sommerbühnen einst und jetzt.

Während die meisten Provinztheater bei Beginn der warmen Jahreszeit ihre Porten schließen, bis der Herbst wieder mit seinen unfreundlichen Abenden naht, spielen die Berliner Bühnen, allerdings zum Teil mit anderem Personal, das ganze Jahr durch oder machen nur eine kurze Ferienpause. Man gleitet aus der ernsteren Winterzeit in die lustige Sommerperiode über, ohne es eigentlich sangengenötigt zu haben.

Rolle Bobenstrett.

Roman von Erich Ebensteiner.

St. Gottschlag und Schloss.

Auch damals, als Sie den Juwelier Streitling ermordeten?" fragte Wiedfeld rasch. Ein Blitze des Erbregens zuckte über Bernmanns Gesicht. Er schwieg. Woher wußte der .? „Der Schweigen kann Sie nicht retten, Bernmann, denn meine Tochter hat Sie unweigerlich erkannt. Ich aber will wissen, ob mein Neffe auch daran beteiligt war?“ Bernmann hatte sich bereits gesetzt. Wieder läßt das höhnische Grinsen über sein Gesicht.

„Ja, auch daran, wenn Sie's durchaus wissen wollen, und ich hoffe, das wird Ihrem Hochmut einen kleinen Rüppelstock verleihen. Ihr Neffe entwarf den Plan und ich führte ihn aus. Dazu langte nämlich kein Mut nicht. Mut im entscheidenden Moment hat er eben leider nie besessen — sonst hätte er gleich damals vor zwanzig Jahren meinen Rat verfolgt und unseren Erfolg auf Wölfshag ausgenutzt mit Hilfe oder . . . Gewalt. Die gnädige Frau war ja tot und das Kind weg, es wäre alles ganz leicht gegangen, vorausgesetzt mit einem Schlappluderwerben für Sie, falls Sie ihm nicht wieder in Gnaden hätten aufnehmen wollen. Aber er wagte es nicht. Schob es immer wieder hinaus, weil er gerade auch bei Ihnen war und kein Geld brauchte. Denn damals hatte er eine Liebhaber mit der Inhaberin eines Spielsalons und von ihr gelernt . . . dem Kartenglück nachzuhelfen. Von diesem Talent lebten witzig angenehm viele Jahre und haben uns dabei die Welt beschaut. Er als großer Herr, ich als sein Kammerdiener. Aber das Glück ist rund . . . auf einmal war's vorbei mit den guten Einnahmen und wir mußten froh sein, in Baden-Baden den Verorden glücklich zu entwischen. Eine Weile ging's uns schlecht. Und da . . . erinnerten wir uns an Wölfshag, daß von Neidis wegen schon lange uns hätte gebären können. Ihr Neffe wollte es erst im Winter versuchen. Als reutiger Sünder heimkehren und sich wieder Liebfrau bei Ihnen machen. Bloß die Mittel fehlten zu handesgemähem Aufstreben. Da entwarf er den Plan mit Streitling, der auch gern gut geladen. Leider war die Behörde scharf hinter uns her und er so blödmannig aufgeregzt, daß ich es für unerläss-

lich hielt, vorläufig ein Bildchen mit ihm auf Meilen zu geben. Und da wir Europa schon kannten, auch die Juwelen drücken leichter zu verkaufen waren, gingen sie nach Amerika.“

Diesmal — da das Geld in meinem Besitz war — tauschten wir die Rollen: Ich wurde der Herr, er mein Kammerdiener.“ — „Ihr Kammerdiener? Wein . . . Neffe?“ — „Warum nicht? Da ich so lange Wiedfeldsche Stiefel trug, warum sollte nun zur Abwechslung nicht auch einmal ein Herr von Wiedfeld die meinen tragen?“ — „Und . . . er tat . . . das?“ — „Was blieb ihm übrig? Er war ein armer Teufel und . . . ohne mich verloren.“ — „Weiter! Sie tauchten dann als Vakuum in Capri auf!“

„Ja. Deun nach vier Jahren Amerika muhten wir uns langsam nach unserem Verdienst umsehen. Capri sollte eine Station nach Wölfshag sein. Aber am ersten Tag unseres Aufenthalts dort wurde ich in einer Mulde zwischen Strandhellen liegend aufstößig Zeuge eines sehr interessanten Gesprächs, das ein in der Nähe malendes Ehepaar führte. Die junge Frau erzählte nämlich ihrem Gatten gerade von einem Brief ihrer Schmuckmutter, Frau Bobenstrett, der über einen Verlust des Herrn von Wiedfeld aus Wölfshag berichtete. Ich entnahm daraus, daß man sich dort nicht nur entschlossen hatte, das einzige verlegte Kind in alle Rechte einzusezen, sondern es auch äußerlich herbeischonte. Dies änderte unsere Pläne, das heißt meine, denn mein Kammerdiener“ — Bernmann betonte das Wort hämisch — „sagte ich gar nichts davon, um seine Unbesangenheit nicht zu föhren.“

„Ich verstehe,“ unterbrach ihn Wiedfeld verächtlich.

„Mein Tod allein hätte nicht mehr genügt, um Wölfshag in dem gewünschten Sinne freizumachen!“ — „So ist es!“ bestätigte Bernmann trocken. „Diesmal machte ich den Plan, und Ihr Neffe wurde erst eingeweiht, als Frau Nobly nach Wölfshag kam und . . . ich dort eine Stelle als Gärtnerstelle Georg Habel annahm. Aber ich muß Ihnen gestehen, daß Neugier ausstellte, daß er neuer und Flamme für meine Pläne war und sich ebenso brauchbar als geschickt erwies. Besonders heute, als es galt, oben die Haustüre durch Schrauben zu beschließen und das mit Petroleum getränkte Gasol auf einem netten Ring um das Haus zu verteilen. Er arbeitete so flink und lautlos, daß nicht einmal ich . . .“

Mehr hörte Wiedfeld nicht. Angewidert von dem zusätzlichen Bericht, hatte er sich rasch entfernt. Dann wußte er nichts mehr. „Ich kann Ihnen nicht helfen, Rebe. Sie müssen vorläufig hier bleiben zur Bewahrung dieses Ungeheuers und . . . des armen Toten. Ich werde Ihnen so rasch als möglich Leute aus der Försterei schicken, die beide fortsetzen. Bis dahin aber . . .“ Er wurde durch Stimmen unterhalb des Weges unterbrochen. Gleich darauf blieben die Helme mehrerer Gendarmen auf. Es waren die Leute, die Bertie vor der Abfahrt von Wölfshag beim Ortskommando hatten anführen lassen.

Als Hilfe waren sie zu spät gekommen, da sie den langen Weg zu Fuß machen mußten. Aber sie kamen nun sehr erwidert, um Bernmann in Empfang zu nehmen und Herrn Nobly Leiche nach der Försterei schaffen zu helfen. Der Baumleiter machte außerdem eine überraschende Mitteilung: Auf dem Herweg hatten sie etwa zehn Minuten weiter unten mittan auf dem Wege noch einen Toten gefunden und festgestellt, daß er zwei Schußwunden hatte, die beide durch die Lunge gingen. Wie starke Blutsäure bewiesen, hatte er sich damit noch ein gutes Stück Weg weitergeschleppt, war aber dann zusammengebrochen und an innerer Verblutung gestorben. Es war Nobly's Mörder und wie Wiedfeld sofort vermuhte und später durch den Augenblick feststellte — sein Neffe Harald.

Bernmann sollte schon am nächsten Tage aus dem Gemeindearrest von St. Jakob, wohin man ihn vorläufig schaffte, an das Landgericht in Graz abgeliefert werden. Aber es kam nicht dazu. Als man ihn am Morgen abholen wollte, fand man ihn tot in seiner Zelle. Er hatte sich an einem abgerissenen Streifen seiner Bettdecke erhängt. Wiedfeld wunderte sich nicht, als er es hörte. Es war ihm gleich auffallend vorgekommen, daß er ihm gegenüber seine Verbrechen mit so zynischer Offenheit zugegeben hatte. Offenbar begriff er gleich anfangs, daß seine Lage eine hoffnungslose sei, und er zog es vor, seinem Leben selbst ein Ende zu machen, anstatt seine Verurteilung abzuwarten. Der alte Walter Nobly wurde auf Vottes Wunsch nach Erlbach übergeführt und dort, wo er so gern gelebt, zur ewigen Ruhe bestattet.

Saar-Messe,

Schloßstraße 19, II., haupts.

Frauenhaare

Rohhaar — Kinderhaar

Beide zu höchsten Preisen.



SCHNELLDIENST
FÜR PASSEGIERE UND FRAGT
HAMBURG
CUBA-MEXICO
HAWAII, VERA CRUZ, TAMPOO, PUERTO
MEXICO
Abfahrtsstage:
2. Sept. POST-D. HAMMONIA
3. Okt. POST-D. HOLSATIA
Vorzüglich Einrichtungen, erster Klasse
(Staatszimmerschlaf), Mittel-Klasse und
Zwischenklassen,
Naher Ankunft über Fahrpreise und alle
Einzelheiten erreichbar.
HAMBURG-AMERIKALINIE
KARLSBURG und deren Vertreter in:
Chemnitz: Alfred Blaum, Langestraße 26,
Bautzen: Ernst Seibert, Topfstraße 21.
Dresden: Emil Höck, Mos-
czinskystraße 7.



Automobil-Möbelwagen.

Hermann Görlich
Dürerstr. 44 Dresden-A I 14398

Stets preisgünstige

Rücklademöglichkeiten

nach und von allen größeren Plätzen, insbes.

Berlin, Braunschweig, Breslau, Chemnitz,

Cöln, Danzig, Düsseldorf, Erfurt, Gleiwitz,

Görlitz, Halle, Hamburg, Hannover, Klein,

Königsberg, Leipzig, Magdeburg, München,

Plauen, Stettin, Stuttgart, Wiesbaden,

Zittau, Zwickau.

Für Stadtumzüge ebenfalls

mäßigte Preisstellung bei sorgfältigster Bedienung



Schleswiger Meiereibutter,
seine Vollzähligkeit, die Butterbücher sehr zu empfehlen.
Buttermilch in Flensburg.
Buttermilch in Flensburg.

Ich bitte höflichst,

beschäftigen Sie mein Riesenlager, ca. 300 Stück, in
geschrückten Damen-, Backfisch- und
Kinderjacketts

und Sie sind mein dauernder Kunde.
Ev. Anfertigung im eigenen Betriebe innerhalb
zwei Tagen nach Wunsch und Farbe.

Strumpffabrik W. Paul Krause

Hauptgeschäft: Gerokstraße 54,
Zweiggeschäfte: Bautzner Straße 23,
Gr. Plauensche Str. 32.



PHÄNOMEN

Am Kleinstauto des
verlässlichen, bewährten
PHÄNOMEN
Dreiradwagen mit
6/12 PS Viertakter
motor 2-3-Gang
getrieb als Lieferwagen
für 600 kg
Nutzlast. Luxus
Fahrleistungsfähig
bei niedrigstem Be-
triebsstoffverbrauch!

PHÄNOMEN-WERKE GUSTAV HILLER A.G.
Zweigniederlassung DRESDEN Prager Straße 50
Fernsprecher 17048

Willst das Leben Wonne die
Froh und frei genießen,
Schaffe dir ein Fahrrad an,
Strampel mit den Füßen.
Nur ein gutes, leichtlaufendes Fahrrad
schaft dauernde Freude; man wähle:

Wanderer - Brennabor - Opel
Diamant - Allright - Avanti

Schmelzer Ausstellung, Verkauf Ziegelstr. 19
etwa 30 Modelle — reelle Garantie.

Voll- Butter - Erhalt

hab die von mir geliebten

Spezial-Margarine-Marken

oder Firmen in Mündig frischer, besser Geschmack

P. Bernet, Webergasse

Gutes Spezial-Geschäft am Platze.

Geschlechtsleiden!

Drei Lehrreiche Hefte, 8 Stück Mk. 2 — Porto extra.

1. Hermhressleiden, frisch u. vermittel mit Anhang: Weiß-

Heiß & Fras., 2. Behandl. u. d. Syphilis, 3. Hermhressleide-

sprz. Manesschleide. Keine Herausförderung, keine offi-

zielle Arzneimittel. Schreiben Sie sofort, welches Leiden Ihnen Sorge macht. Alles völlig diskret.

Dr. med. H. Schmidt, Spezialinstitut G. m. b. H.

Berlin NW 100, Rathenauer Str. 73, Sprechst. 10—1, 4—7.

Kette Perser
Deutsche Tapetts

Bräden. Gemälde

W. & Berndt

W. & Berndt